



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG . 29 OLDENBURG . POSTFACH 943 . TEL.: 51064 . TELEX-NR. 25655 UNOL D . REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF . MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER . NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION ; (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

10. Januar
1/77

Am 14. Januar 77 müssen spätestens um 16.00 Uhr die Vorschlagslisten für die Wahl zum Konzil und zu den Fachbereichsräten abgegeben sein. Nach Mitteilung des Wahlleiters können später eingereichte Listen -

Wahlen 77

mulare dafür liegen bei Ilona Neuhäus (A 209) aus - nicht mehr berücksichtigt werden. Bis zum 17. Januar haben studentische

Gruppen die Gelegenheit, für die gleichzeitig Anfang Februar stattfindenden Wahlen zum Studentenparlament ihre Listen beim Hauptwahlleiter Joachim Westerhoff einzureichen.

Höpner schlägt NWK-AG über Bau von Atomkraftwerken eine Podiumsdiskussion vor

Der Vorsitzende des Fachbereichsrates IV, Professor Dr. Thomas Höpner, hat in einem Schreiben den Nordwestdeutschen Kraftwerken (NWK) erneut vorgeschlagen, gemeinsam mit Vertretern des Fachbereiches IV und des Kraftwerkes zum Thema "Kernkraftwerke" eine Podiumsdiskussion zu veranstalten.

Höpner reagierte damit auf ein Schreiben der NWK, die darin der Universität vorgeworfen hatten, daß es dem Fachbereichsrat, der kürzlich eine scharfe Resolution gegen den Bau von Atomkraftwerken verabschiedet hatte, offensichtlich nicht auf wissenschaftliche Diskussion und Erarbeitung von technischen Problemen ankäme, sondern mehr auf eine politisch -orientierte Standpunktfestlegung. Deshalb halte es die Aktiengesellschaft nicht für möglich, "eine fachgerechte Information mit dem Fachbereich IV in Fragen der Kernenergie durchzuführen".

Höpner erklärte in einem ausführlichen Schreiben dazu, in einer Zeit, in der eine breite Öffentlichkeit Informationen suche und ein Recht habe, sie zu erhalten, sei es nicht sachdienlich, wenn eine von der öffentlichen Hand kontrollierte Institution wie die NWK den Dialog mit einer anderen verweigere. Wenn gegeneinanderstehen-

de Meinungen jeweils für sich wissenschaftliche Ergebnisse in Anspruch nähmen, werde die Öffentlichkeit so lange nur verunsichert, wie ein gegenseitiger Vergleich der Standpunkte unterbleibe.

Nachdrücklich machte Höpner in diesem Zusammenhang klar, daß die Mitglieder des Fachbereiches gegenüber allen Teilnehmern an der Kernkraftwerksdiskussion bereit seien, ihre Standpunkte gegen den Bau von Kernkraftwerken wissenschaftlich zu belegen. Es sei keineswegs richtig, daß die scharfe Stellungnahme des Fachbereichsrates zum Bau von Kernkraftwerken eine Folge "nur" politischer Diskussionen gewesen sei, sondern vielmehr aufgrund eines wissenschaftlichen Fachkolloquiums über Kernkraftwerksentsorgungsanlagen vom 1. November 1976. Höpner wörtlich: "Mitglieder des Fachbereiches IV haben seit dessen Bestehen

Fortsetzung Seite 3

Veranstaltung zum NHG

Eine Großveranstaltung zum Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG), auf der Bremer, Marburger und Münchner Studenten über ihre Erfahrungen in ihrem Widerstand gegen die Hochschulgesetze berichten, findet am 18. Januar 1977 in der Aula der Universität statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung werden Songs und Theaterstücke zum NHG vorgelesen. Der ASTa und die Arbeitsgruppe NHG laden zu dieser Veranstaltung ein.

Die Arbeitsgruppe NHG, die sich jeden Mittwoch um 16.00 Uhr im VG 006 mit dem Hochschulrahmengesetz (HRG) und dem Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) beschäftigt, ist auf Initiative der Fachschaft Pädagogik eingerichtet worden. An der Arbeit dieser Gruppe können sich alle Hochschulangehörigen beteiligen.

ZpB-Veranstaltung

Am Donnerstag, dem 27.1.1977, 20.00 h findet im VG 015 eine Informationsveranstaltung für Lehramtsstudenten des Zentrums für pädagogische Berufspraxis (ZpB) zur Situation im Primarbereich statt. Wie das ZpB dazu mitteilte, soll über Studiengänge der Universität und Fächer der Grundschule, sowie über die Berufschancen im Primarbereich diskutiert werden. Darüberhinaus sollen Arbeitsgruppen der Primarstufen-Studenten gebildet werden.

Löhne und Gehälter

Ab Januar 1977 werden die Abrechnungen der Löhne und Gehälter für die Bediensteten der Universität im Computer mit einem neuen Programm gefahren. Damit ändern sich auch die Abrechnungsfomulare. Die Kontenverwaltung fordert in diesem Zusammenhang die Bediensteten auf, die neuen Formulare genau zu prüfen. Ein Merkblatt, wie die Abrechnungen zu lesen sind, will die Personalabteilung verteilen.

Diplomordnung

Wie bereits angekündigt, hat das Wissenschaftsministerium in einem Erlaß vom 27. Dezember den 2. vom Senat vorgelegten Entwurf der Diplomprüfungsordnung abgelehnt und die Universität aufgefordert, bis zum 10. Februar eine Vorlage zu übersenden, die die vom Ministerium beanstandeten Passagen berücksichtigt. (Siehe DOKUMENTE MATERIALIEN Nr. 7)

Rückmeldung SS 77

Wie das Immatrikulationsamt mitteilt, erfolgt die Ausgabe der Rückmeldeunterlagen an die Studenten für das Sommersemester 1977 am Dienstag, dem 1. Februar, und am Mittwoch, dem 2. Februar, jeweils in der Zeit von 9.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr am Haupteingang (Ammerländer Heerstraße).

Nach einem Jahr wieder arbeitslos?

Erheblich Unruhe herrscht bei all den Mitarbeitern der Universität, die im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) im Dienstleistungsbereich arbeiten. Grund: Die ABM war auf ein Jahr befristet, so daß die Verträge am 31. Mai 1977 auslaufen. Den betroffenen Kollegen droht damit ab Juni 1977 erneute Arbeitslosigkeit.

In dieser Situation lud der Personalrat Mitte Dezember die ABM-Kollegen zu einer Besprechung der anstehenden Probleme und des weiteren Vorgehens ein, an der auch Vertreter des Oldenburger Arbeitsamtes und der Universitätsleitung teilnahmen. Dabei wurde erneut die Problematik der ABM deutlich, die von der Bundesregierung angesichts der hohen Arbeitslosigkeit als Hilfe für die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß gedacht war, die jedoch, wie der Personalratsvorsitzende Fred Krüer es ausdrückte, lediglich als eine "kosmetische Manipulation der Arbeitslosenstatistik" betrachtet werden kann.

Der neue Arbeitsplatz war für viele Betroffene mit finanziellen Einbußen verbunden und entsprach oft nicht den Qualifikationen, die sie sich in ihrem früheren Berufsleben erworben hatten. Für alle Beteiligten - sowohl für die ABM-Mitarbeiter als auch für die an der Hochschule fest Angestellten brachte die ABM erhebliche Belastungen durch die Einführung und Einarbeitung in den neuen Arbeitsbereich mit sich. Überdies äußerten die ABM-Mitarbeiter den - vom Arbeitsamt allerdings bestrittenen - Verdacht, während der ABM-Tätigkeit von einer Weitervermittlung in unbefristete Stellen ausgeschlossen zu sein.

Die Forderung von Personalrat und Personalversammlung, der sich auch die Dienststelle anschloß, lautete denn auch, alle ABM-Mitarbeiter auf Planstellen der Universität zu übernehmen bzw. zur Überbrückung der Zeit, in der diese Planstellen noch nicht zur Verfügung stehen, eine Verlängerung der laufenden ABM für die bereits in der Universität Tätigen zu erreichen.

Diese Forderung wurde auf der Besprechung von den Arbeitsamt-Vertretern unter Hinweis auf die dafür fehlenden Mittel zurückgewiesen. Möglich sei nur ein Antrag der Universität, an einer neuen ABM der Bundesregierung wieder beteiligt zu werden. Dieser neue Antrag dürfe dann allerdings nicht die Bedingung enthalten, daß die Verträge der bisher Beschäftigten verlängert werden. Dieser Forderung können das Arbeitsamt - "aus beschäftigungspolitischen Gründen" - allenfalls in einigen wenigen Ausnahmefällen entsprechen. Angesichts der extrem hohen Arbeitslosigkeit und geringen Vermittlungschance

in der Nordwestregion sollte die ABM allen Arbeitslosen die Möglichkeit bieten, "mal wieder zu arbeiten". Nach Ansicht der ABM-Mitarbeiter spricht dagegen alles für eine Verlängerung ihrer Verträge: - ab 1978 werden voraussichtlich Planstellen für eine Großzahl von ihnen aus der ABM zur Verfügung stehen; - die Universität kann angesichts der unzureichenden Personalausstattung nicht auf die - bereits eingearbeiteten

- Mitarbeiter verzichten; - die ABM-Mitarbeiter fühlen sich nach Anfangsschwierigkeiten zumeist auf ihren Arbeitsplätzen wohl. Professor Friedrich Busch, stellvertretender Rektor der Universität, bekräftigte diese Ansicht und sicherte zu, die Dienststelle werde in Verhandlungen mit dem Arbeitsamt auf die Übernahme möglichst vieler Mitarbeiter in eine neu zu beantragende Arbeitsbeschaffungsmaßnahme hinwirken. jb

Höchstzahlen SS 77

Das Wissenschaftsministerium hat die Höchstzahlen für die Vergabe von Studienplätzen an der Universität Oldenburg zum SS 77 festgelegt. Keine Zulassungsbeschränkungen wird es, wie auch vom Senat beschlossen, in den Diplomstudiengängen Mathematik, Physik, Ökonomie und Physik geben. Ebenso unterliegt der Diplomstudiengang Pädagogik (ab 5. Sem.) keinen Beschränkungen.

1. DIPLOMSTUDIENGÄNGE	
Fach	insgesamt
Biologie	15*
Pädagogik**	20*
Soziologie/Sozialwissenschaften**	40*
Raumplanung	15

* Diese Studiengänge werden durch die ZVS vergeben.
 ** Für diese Studiengänge wird nur eine Verteilung der Bewerber mit Hauptantrag vorgenommen (der in der Bewertung an erster Stelle genannte Studiengang gilt als Hauptantrag). Die Verteilung erfolgt entsprechend dem Anteil der Höchstzahl an der Gesamtzahl der Studienplätze in den einzelnen Studienorten.

2. STUDIENGÄNGE DER EINPHASIGEN LEHRERAUSBILDUNG				
Fach	Primarb.	Sek. I	Sek. II	insgesamt
Arbeitslehre		7	4	11
Biologie	4	7*	4*	15
Chemie	0	0	0	0
Deutsch	6*	11*	8*	25
Englisch	4	7*	4*	15
Erdkunde	4	7*	4*	15
Ev. Religion	4	7	4	15
Geschichte	4	7*	4*	15
Handelslehramt	-	-	30	30
Kunst	0	0	0	0
Mathematik	8*	13*	9*	30
Musik	4	7	4	15
Physik	4	7*	4*	15
Politik/Sozialkunde	4	7*	4*	15
Russisch	-	0	0	0
Sport	4	7*	4*	15
Werken	4	-	-	4

Staatsprüfung für das Lehramt Sonderpädagogik: 30

* Diese Studiengänge werden durch die ZVS vergeben.

KIBUM 76

30 000 Besucher

Nachdem im Dezember vorigen Jahres die 2. Oldenburger Kinder- und Jugendbuchmesse mit ihrer Wanderausstellung in den Städten Wilhelmshaven, Leer und Aurich zu Ende gegangen ist, läßt sich ein vorläufiges Fazit ziehen. 94 Verlage aus der Bundesrepublik, der Schweiz, Österreich und - über einen Kommissionsverlag - aus der DDR haben die letztjährige Messe mit rund 1200 Neuerscheinungen beschickt (1975 waren es 73 Verlage mit ca. 800 Titeln). Die Messe in Oldenburg mitsamt ihren Rahmenveranstaltungen wurde von etwas mehr als 16.000 Personen besucht. Die Wanderausstellung im Nordwestraum fand weitere 14.000 Besucher. Man kann bereits jetzt sagen, daß es richtig war und wichtig ist, mit der Informationsschau und differenzierten Diskussionsveranstaltungen aus Oldenburg heraus und 'vor Ort' zu gehen. Gleichzeitig wurde sichtbar, daß die finanziellen, personellen und organisatorischen Möglichkeiten der Kleinstädte, die eine solche Wanderausstellung übernehmen wollen, so begrenzt sind, daß sich ein Wechsel der Städte von Jahr zu Jahr anbietet: 1977 etwa Norden, Vechta statt Leer und Aurich, dafür aber möglicherweise auch Bremerhaven.

Attraktion unter den Veranstaltungen des Rahmenprogramms in Oldenburg war ohne Zweifel die Filmwoche, deren Titel bekanntlich von Schülern selbst ausgewählt worden waren. Die 12 Filme wurden von über 6000 Kindern 'gestürmt'. Diese für alle unvorhergesehene Tatsache macht es erst recht notwendig, in diesem Jahr die mediendidaktische Begleitung genau vor auszuplanen.

Knüller auf der eigentlichen Messe in der Cäcilienstraße war die neugeschaffene Einrichtung des allnachmittäglichen Palaverstündchens, wo Kinder, Jugendliche, Studenten und erwachsene Messebesucher zusammenkommen und miteinander reden konnten. Kinder ent-

wickelten hier die Idee eines "Kummerkastens", druckten selbst Zettel, animierten zu produktiver Kritik, und man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Kinder die Messe sich aktiv angeeignet haben.

Geplante thematische Schwerpunkte der diesjährigen Messe werden u. a. eine Ausstellung von Literatur für Gastarbeiterkinder und entsprechenden Informationsveranstaltungen, eine Ausstellung polnischer oder sowjetischer Kinderliteratur der Gegenwart und eine Ausstellung historischer Kinderbücher aus den Beständen der Universitäts- und Landesbibliothek sein. Wolfgang Promies

Oldenburger Studenten über Berufsverbote

Moritz Herrmann und Joachim Tautz, beide Absolventen der Universität Oldenburg, werden am 22.1.1977 als Betroffene auf einer Veranstaltung gegen die Berufsverbote in der BRD in Groningen sprechen, die von der PvdA (Partei von der Arbeit) der FJG (niederländische Jungsozialisten) und der Rooie Vrouwen (Frauenorganisation) durchgeführt wird. Vertreter der PrdA, der FJG und der Rooie Vrouwen waren am 10. Dez. 1976 beim Oldenburger Aktionskomitee gegen die Berufsverbote zu Gast und betonten, daß in den Niederlanden die Besorgnis über die sich verschärfende Berufsverbotspraxis in der BRD wachse. Sie forderten die Aufhebung aller Berufsverbote und die Abschaffung der Berufsverbotsverordnungen in der BRD.

Als Vorbereitung der Veranstaltung in Groningen wird eine Delegation der PvdA unter der Leitung des Stadtrats Max van dem Berg am 20.1.1977 zu Presse- und Informationsgesprächen nach Oldenburg kommen. gp

VW-Stiftung mit neuem Schwerpunkt

Die Stiftung Volkswagenwerk Hannover bereitet einen neuen Förderungsschwerpunkt "Wandlungs- und Krisenfaktoren in demokratisch organisierten Industriegesellschaften" vor. Wie es in einer Pressemitteilung der Stiftung dazu heißt, sollen künftig Forschungen zu Strukturproblemen und Wandlungen in Politik und Administration zur ökonomisch-technischen Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf wachsende weltwirtschaftliche Verflechtungen sowie zum sozialen Wandel und zur Änderung von Werthaltungen unterstützt werden. Besonderer Wert wird dabei auf vergleichende und international angelegte For-

schungen gelegt. Wie es weiter in der Mitteilung heißt, wird die Stiftung bei ihrer Förderung die Möglichkeit prüfen, gezielte Hilfen für den Ausbau der sozialwissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik zu geben. Dazu könnte die Förderung von Modellen zu einer forschungsintensiven Nachwuchsausbildung gehören. Ebenso wird angesichts des oft hohen Leistungsstandes ausländischer Sozialwissenschaftler erwogen, Mittel für internationale Verbundprojekte und für Forschungsaufenthalte an wichtigen sozialwissenschaftlichen Einrichtungen im Ausland bereitzustellen.

Atomkraftwerke...

Fortsetzung von Seite 1

von verschiedensten Seiten kommenden Bitten um Beratung und wissenschaftlicher Gutachten entsprochen, auch denen von Bürgerinitiativen. Unsere Gutachten haben öffentlichen Anhörungen, behördlichen Überprüfungen und gerichtlichen Verfahren standgehalten. Der Fachbereich ist sich seiner Verantwortung, auch der Verantwortung für den Ruf der Universität, viel zu bewußt, als daß er bereit wäre, hier leichtfertig zu handeln. Wir nehmen Bürgerinitiativen ernst. Unsere fachliche Beratung steht ihnen zu, wenn sie darum bitten." gh

Sportlehrer eingeladen

Am Freitag, dem 14. Januar, führt das Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) eine offene Veranstaltung für Sportlehrer aller Schulformen unter dem Thema "Sportlehrerbildung und Schulsport in der Revision" durch. Auf dem Programm dieser von Lehrenden des Studiengangs Sport angeregten Veranstaltung stehen mehrere Referate, die sich u. a. mit der Sportwissenschaft im Zusammenhang gesellschaftlicher Entwicklung befassen. Daneben besteht für die teilnehmenden Sportlehrer die Möglichkeit, sich gezielt über die Einphasige Lehrerbildung, die Ausbildungstätigkeit der Kontaktlehrer und über die Projekte im Rahmen der Sportlehrerbildung zu informieren. ZpB und die Sportwissenschaftler möchten mit dieser Aktion Kontaktlehrer in diesem Fach werben.

Eklat in b:e-Redaktion

Fünf von zur Zeit noch sechs Redakteuren beendeten zur Jahreswende ihre Tätigkeit beim größten pädagogischen Fachmagazin betrifft: erziehung (b: e). Sie begründeten ihren Schritt mit massiven Eingriffen des Verlegers Manfred Beltz-Rübelmann, Geschäftsführer des Beltz-Verlages (Weinheim), in die redaktionelle Struktur des fortschrittlichen Monatsblattes. Wie die ausscheidenden Redakteure mitteilen, hatte es der Verleger aus politischen Gründen und gegen den Willen der Redakteure abgelehnt, den Frankfurter Gesamtschullehrer Herbert Stubenrauch als b:e-Redakteur einzustellen. Außerdem hob er wenig später das bislang von ihm akzeptierte demokratische Redaktionsmodell auf. Nach Meinung der Redakteure kann auf Grund der Verleger-Maßnahmen die bisherige bildungspolitische Ausrichtung der Zeitschrift nicht mehr gewährleistet werden. Mehrere Versuche, Kompromisse zu schließen, seien am Verleger gescheitert.

Brandt: Ossietzky zu ehren, Beispiel wohlverstandener Tradition

Der geringe Besuch der Veranstaltung des Bürgerkomitees "Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg" zum 40. Jahrestages der Verleihung des Friedensnobelpreises - Mitte Dezember 1976 - an Carl von Ossietzky stand im Gegensatz zur Resonanz, die die Initiative außerhalb der Grenzen Oldenburgs fand.

Denn zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hatten in Grußadressen an das Bürgerkomitee deutlich gemacht, wie wichtig es ist, Carl von Ossietzkys Wirken für Frieden und Demokratie in Erinnerung zu halten. Neben den Schriftstellern Alfred Andersch, Axel Eggebrecht, Günter Grass und Siegfried Lenz drückten auch der Theologe Helmut Gollwitzer, das Mitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte Ossip Flechtheim und der Hauptankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß Robert Kempner ihre Solidarität mit den Zielen ihrer Bürgerinitiative aus. Der Vorsitzende der SPD und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt betonte in einer Grußadresse, die Erinnerung an Ossietzky dürfe nicht verloren gehen. Ihn zu ehren, sei ein Beispiel wohlverstandener Traditionspflege.

Eckhart Spoo, Vorsitzender der DJU, setzte sich in seinem Referat mit dem Zustand der Deutschen Presse auseinander und erklärte, man müsse sich fragen, ob es in der Bundesrepublik eine Presse gäbe, der sich Carl von Ossietzky nicht zu schämen brauche. Die Affäre Rudel und ihr Niederschlag in der Deutschen Presse mache einmal mehr deutlich, daß die Bundesrepublik nach 1945 keinen Strich unter das Vergan-

gene gezogen habe, sondern allenfalls einen Bindestrich. Das Militär drohe wiederum ein Staat im Staate zu werden. Die Tendenzen seien bedrohlich: einerseits verhindere man die Anknüpfung an demokratische und antimilitaristische Tradition im Sinne Ossietzkys, andererseits seien militaristische oder gar faschistische Traditionsgänge und -gäbe. Einher gehe mit dieser Entwicklung eine Pressekonzentration, die die Abhängigkeit des gesamten Zeitungswesens von der Wirtschaft noch verstärke und damit den Druck auf Journalisten zur konformen Berichterstattung erhöhe. Spoo forderte in diesem Zusammenhang die Journalisten, die immer stärker zur Selbstzensur neigen, auf ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen, um eine freie Presse zu erhalten, ohne die ein demokratischer Staat nicht existieren könne. ^{gh}

Studienplatzhandel

Die WRK will dafür sorgen, daß dem Geschäft mit Studienplätzen Einhalt geboten wird. In einem dazu gefaßten Beschluß stellte die WRK fest, daß durch das formalisierte Zulassungs- und Nachrückverfahren sowie durch eine nicht zu Ende gedachte Rechtsprechung vielfältige Wege geöffnet worden seien, freigewordene oder freigemachte Studienplätze auch in den härtesten NC-Fächern unter Ausnutzung der Gerichte zu erstreiten. In diesem Grenzbereich des Zulassungswesens sei nunmehr ein "Schwarzmarkt" feststellbar, auf dem aus Gesetzes- und Verfahrenslücken finanzieller Profit erzielt worden sei.

Termine

MONTAG, 10.1.77, 20 Uhr, Ev. Studentengemeinde, Quellenweg 55a. Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Gerhard Breidenstein (Dortmund) zum Thema "Mensch und Gesellschaft in einem sozialistischen Entwicklungsland am Beispiel Nordkorea".

DONNERSTAG, 13.1.77, 20 Uhr, Hörsaal B. Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Ev. Studentengemeinde mit Jutta Menschik (Berlin) zum Thema "Die Frau in der DDR - ein Leitbild für die BRD?".

MONTAG, 17.1.77, 11-16.45 Uhr, AVZ 4-451. Anhörung "Mathematik mit dem Schwerpunkt Geometrie". Dr. Karlhorst Meyer, Professor Karl Mathiak, 13.30-15.30 Mittagspause, Professor Bernhard Ganter, Dr. Karl Jakob Dienst.

Werkstudenten

Ein Ansteigen der Werkstudenten befürchtet die WRK, wenn den Belangen der förderungsbedürftigen Studenten nach dem BaFöG nicht in hinreichendem Maße Rechnung getragen wird. In einer Pressemitteilung dazu heißt es derartige Einsparungen seien geeignet, die besonders brennenden hochschulpolitischen Probleme noch zu potenzieren. Ein Ansteigen der Zahl der Werkstudenten habe erfahrungsgemäß auf Studiendauer und Examensergebnisse unmittelbare Auswirkungen und mache eine Einführung von Regelstudienzeiten fragwürdig. Finanzielle Notlagen könnten zum Abbruch des Studiums zwingen - "ein sozial- wie bildungspolitisch nicht vertretbares Ergebnis".

WRK-Pressedienst

Personalien/ Personalnotizen

PROFESSOR ROSEMARIE NAVE-HERZ, Soziologin im Fachbereich III, ist in den Vorstand der Sektion Bildung und Erziehung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie gewählt worden.

LOTHAR EBBEN, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich I, ist zum Akademischen Oberrat ernannt worden.

DR. H. NASSIF-MAKKI, bisher wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Instituten für Pharmakognostik und für Medizinische Parasitologie an der Universität Bonn, wurde als wissenschaftlicher Angestellter in der Abteilung Planung und Statistik eingestellt. Sein auf ein Jahr befristeter Auftrag lautet, die Anforderungen der Naturwissenschaften unter besonderer Berücksichtigung des Projektstudiums an den Raumprogrammen für neue Gebäude zu formulieren.

PROFESSOR BERNHARD SCHMÜCKER, Sportmediziner im Fachbereich I, hat auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit im September 1976 Kolumbien/Südamerika besucht und an der Universidad de Antioquia in Medellín Fortbildungsveranstaltungen für Sportmediziner gehalten.

PROFESSOR BERO RIGAUER, Sportwissenschaftler im Fachbereich I, hielt im November 76 zwei Gastvorlesungen an der Vrije Universiteit Amsterdam mit den Themen "Funktionalismus, Interaktionismus und kritische Theorie in Sportsoziologie" sowie "Zum Problem der subjektiven und objektiven Konstruktion von Handlungswirklichkeit im Sport".

PROFESSOR JÜRGEN DIECKERT, Sportwissenschaftler im Fachbereich I, hielt Anfang Dezember 76 vier Gastvorlesungen an der Vrije Universiteit Amsterdam mit den Themen "Umweltfragen des Sports", "Kreativität in den Leibesübungen", "Freizeitsport im Sportcurriculum" und "Plädoyer für einen humanen Sport". Dieckert nahm zudem vom 7. bis 11. Dezember 1976 in Chamonix/Frankreich an dem deutsch-französischen Symposium zu Ausbildungsfragen der Sportlehrer und Curriculumfragen des Schulsports des Deutsch-Französischen Jugendwerkes teil.

Wanderung

Alle Hochschulangehörigen können am 22. oder 23. Januar an einer Wanderung teilnehmen, die das Zentrum für Freizeitsport plant. Eine Vorbesprechung, auf der sich Interessentenauch über Bergsteigen im SS 76 informieren können, findet am 14. Januar um 16 Uhr im Sportseminarraum statt.